

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 36 (1989)
Heft: 9

Vereinsnachrichten: Reformchance : Auf- und Ausbau des Zivilschutzes!

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Delegiertenversammlung vom 9. September 1989 in Solothurn:

Reformchance: Auf- und Ausbau des Zivilschutzes!

ush. Am 9. September 1989 trafen sich an die 150 Delegierte und Gäste des Schweizerischen Zivilschutzverbandes in der Ambassadenstadt Solothurn zur 35. Delegiertenversammlung. Die hauptsächlichsten Geschäfte waren die Bestätigung des amtierenden Zentralpräsidenten, Dr. Reinhold Wehrle, für eine Übergangszeit bis zur Wahl seines Nachfolgers, die Verabschiedung einer Resolution gegen die Armeeabschaffungs-Initiative und der Aufschub einer Vorwegnahme der auf 1990 vorgesehenen Statutenrevision, die die Erweiterung des Zentralvorstandes um weitere acht Mitglieder vorgesehen hätte. Gastreferentin war die Chefin des Militärischen Frauendienstes, Brigadier Eugénie Pollak, die eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Militärischen Frauendienst, dem Zivilschutz und dem Rotkreuzdienst empfahl.

1990: Ablösung im Präsidentenamt und Statutenrevision

Zentralpräsident Prof. Dr. Reinhold Wehrle führte in bekannt zügiger Weise die Versammlung durch die ordentlichen Geschäfte. Unter diesen ist herauszuheben die Vorwegnahme einer auf 1990 vorgesehenen Statutenrevision, wonach der jetzige Zentralvorstand um acht Mitglieder – nämlich die Präsidenten der noch nicht im Zentralvorstand vertretenen Sektionen – hätte erweitert werden sollen. Diese Neuerung wurde den Delegierten mit der Begründung, dass man alle Sektionen im Zentralvorstand vertreten haben wolle, und zwar schon bereits dieses Jahr, nahegelegt. Aufgrund von Rückweisungsanträgen der Sektion Basel-land, unterstützt durch Neuchâtel und Solothurn, beschloss die Versammlung Nichteintreten auf die vorgeschlagene Neuerung, obwohl eine Abstimmung ein karges Mehr von zwei Stimmen (35 Ja für den Vorschlag des Zentralvorstandes gegen 33 Ja für die Rückweisung) ergeben hatte. In der Absicht, keine Präjudizien schaffen zu wollen, noch allenfalls das Vereinsrecht zu verletzen, zog der Präsident anschliessend den Vorschlag des Zentralvorstandes zurück.

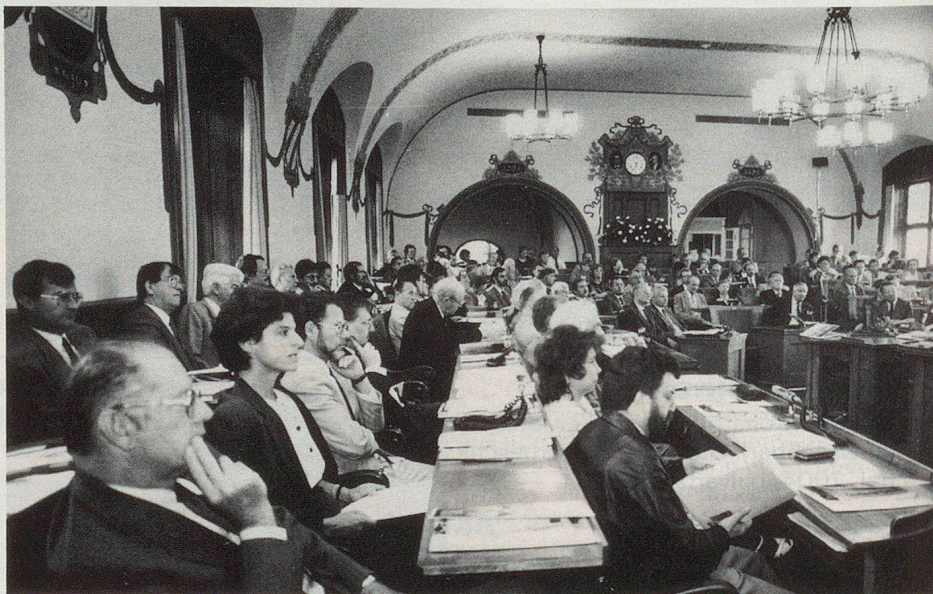
Als Nachfolger im Präsidentenamt im Jahr 1990 hat sich Ständerat Robert Bühler, amtierender Schultheiss von Luzern, zu kandidieren bereit erklärt. Da Ständerat Bühler zurzeit mit seinem Regierungsmandat sehr engagiert ist, kann er dem SZSV im jetzigen Zeitpunkt noch nicht zur Verfügung stehen. Die Versammlung bestätigte in der Folge den heutigen Zentralpräsidenten für eine weitere Dauer von zehn Monaten, also bis zum Termin der nächsten Delegiertenversammlung vom 23. Juni 1990.

Die übrigen Geschäfte, worunter Rechnungsablage über das Jahr 1988 und Budgetierung des Jahres 1990, gingen diskussionslos über die Bühne. Die

grosse Arbeit des Zentralkassiers wurde mit Applaus verdankt.

Drei neue Mitglieder im Zentralvorstand

Die drei zurücktretenden Zentralvorstandsmitglieder, Dr. Werner Blumer, Vizepräsident und Präsident der Finanzkommission; Gino Arcioni, Vertreter der Schweizerischen Gesellschaft für Kulturgüterschutz, und Jean Naef, Vertreter der Sektion Genf, tra-



ten infolge Erreichens der Amtsdauerbegrenzung, welche auf maximal zwölf Jahre limitiert ist, aus dem Zentralvorstand zurück. An ihrer Stelle wurden neu gewählt: Maria Iselin, lic. iur., Vertreterin der Sektion Basel-Stadt für Werner Blumer; Annemarie Wiblé aus der Sektion Genf für Jean Naef und Bob Walther als Vertreter des Kulturgüterschutzes für Gino Arcioni.

Reformchance für den Zivilschutz

Hans Mumenthaler, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz, überbrachte

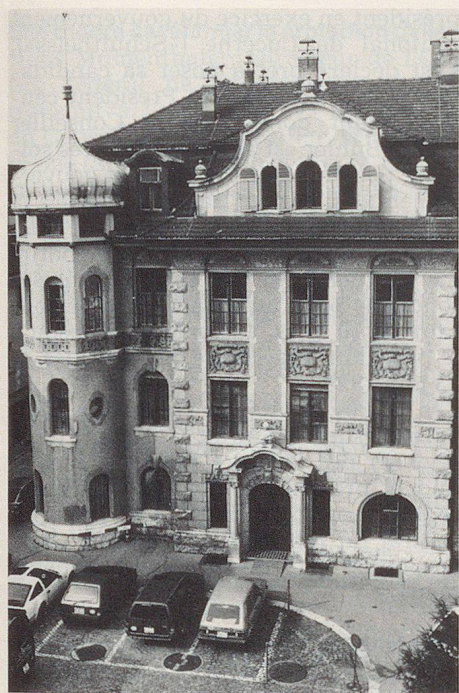


Gastreferentin Eugénie Pollak, Brigadier und Chef MFD.

Im Vordergrund Albert Saladin, Präsident OK/DV und Maria Iselin als neues Zentralvorstandsmitglied.

die Grüsse von Bundesrat Koller, dem obersten Chef des Zivilschutzes, und kündigte an, dass dieser bei nächster Gelegenheit dem Schweizerischen Zivilschutzverband sein Interesse bekunden werde.

Im weiteren kam Mumenthaler auf die Auswirkungen der Armeereform 95 auf den Zivilschutz zu sprechen. Bei der Auflistung von sechs in diesem Zusammenhang wichtigen Punkte sprach Mumenthaler zuallererst davon, dass die Armeereform 95 auch für den Zivilschutz als Chance wahrzunehmen sei.



Die Delegierten tagten im Rathaus Solothurn.

Auch prominente Gäste verfolgten mit Interesse den Lauf der Tagung.



Er bezeichnete im weiteren die Tatsache, dass mit der Herabsetzung des Dienstalters in der Armee auch die Zivilschutzbestände zurückgehen werden und warnte davor, die Reform 95 allenfalls in eine Verschlechterung der heutigen Regelung des Offiziersübertritts in den Zivilschutz ausmünden zu lassen. Er nannte eine Staffellung aller Neuregelungen für den Zeitraum von zwei bis drei Jahren als absolut notwendig, um Schwierigkeiten zu vermeiden. Als ganz persönliche Meinung vertrat er die Haltung, dass die Re-

formpakete von Armee und Zivilschutz zusammenzulegen und dem Parlament derart gekoppelt vorzulegen seien, um das gegenseitige Zusammen- und Ineinanderwirken von Armee und Zivilschutz für Schutz und Hilfe an die Bevölkerung aufzuzeigen. Zum Schluss appellierte Mumenthaler an die Anwesenden, den Auf- und Ausbau des Zivilschutzes unentwegt und konsequent weiterzuverfolgen; dies auch im Bewusstsein, dass Reformen stets gewisse Unsicherheiten mit sich bringen.

Verstärkte Zusammenarbeit zwischen MFD, RKD und ZS

In ihrem Gastreferat sprach sich Brigadier Eugénie Pollak, Chefin des Militärischen Frauendienstes (MFD), für eine vermehrte Zusammenarbeit zwischen dem MFD, dem Rotkreuzdienst und dem Zivilschutz aus.

NZZ/kfr. Der Zivilschutz ist nach Brigadier Eugénie Pollak insofern im Vorteil, weil die rund 15 000 Frauen ihren Dienst am Ort und nicht getrennt von Beruf und Familie leisten können. Obwohl die Frauen grundsätzlich gleiche Rechte und Pflichten wie die Männer hätten, stiessen sie bei ihrer Dienstleistung mehr als diese auf Schwierigkeiten, namentlich am Arbeitsplatz. Andererseits habe man es mit motivierten Frauen zu tun, die in der kurzen Grundausbildung optimal vorbereitet

würden. Zu den bisherigen Funktionen kommen, teilweise ab 1. Januar 1990, neue – bis zum Einsatz als Helikopterpilotin – hinzu, mit gleicher Ausbildungszeit wie bei den Männern.

Starker Drang zu Kaderfunktionen

Dem MFD, als eine der Möglichkeiten für den Einsatz der Frauen in der Gesamtverteidigung, gehören derzeit 3200 Frauen an, und gleich viele sind im Rotkreuzdienst (RKD) tätig. Keine Probleme kennt der MFD bei der Kaderauswahl. Es besteht indessen ein

Resolutionstext des SZSV gegen die Initiative «Schweiz ohne Armee»:

Ja zur Verteidigungsbereitschaft Nein zur Armeeabschaffungs- Initiative

Der Schweizerische Zivilschutzverband (SZSV) spricht sich in Übereinstimmung mit seinen kantonalen Sektionen gegen die Initiative «Schweiz ohne Armee» aus. Der unbewaffnete Zivilschutz ist auf die Zusammenarbeit mit der Armee in doppelter Hinsicht angewiesen: Einmal braucht er die Unterstützung durch Sanitäts- und Luftschutztruppen, andererseits sind die Zivilschutzpflichtigen als Teil des Volkes auf den Schutz durch unsere Armee angewiesen.

Ein wirksamer Schutz unserer Bevölkerung im Katastrophen-, Krisen- und Kriegsfall ist nur dann möglich, wenn alle Elemente der Gesamtverteidigung in der Lage sind, die ihnen in unserer Bundesverfassung zugedachten Aufgaben zu erfüllen.

Verteidigungsbereitschaft, Schutz der Bevölkerung und Sicherstellung der Landesversorgung bilden dabei eine Einheit. Sie wollen in erster Linie durch das Sichtbarmachen einer glaubwürdigen Bereitschaft zur Kriegsverhinderung und damit zur Friedenserhaltung beitragen.

Die mit der Armeeabschaffungs-Initiative verfolgten Absichten stellen diese Anstrengungen in Frage. Sie kommen einem Verzicht auf Selbstbehauptung gleich. Das dient niemandem. Am wenigsten der Friedenserhaltung. Gerade deshalb lehnt sie der Schweizerische Zivilschutzverband ab.

krasses Missverhältnis: 43 Rekruten stehen 50 abverdienende Korporale und Leutnants gegenüber. Auch seien weibliche Vorgesetzte für Männer noch nicht selbstverständlich, doch das sei nicht Armee- und schon gar nicht MFD-spezifisch, sagte Brigadier Pollak. Die Bestandeslücken liessen sich mit der Verbesserung der Situation der Frau in der Gesellschaft schliessen. Hier biete auch die Armee reform 95 eine Chance. Nach wie vor abgelehnt wird von der Chefin des MFD ein obligatorischer Militärdienst für Frauen; hingegen tritt Frau Pollak für ein Ausbildungsobligatorium ein, und sie schlägt – einer Anregung aus dem Kanton Solothurn folgend – den Sektionschefs vor, zum Informationsabend für angehende Rekruten auch deren Jahrgängerinnen einzuladen. Davon verspricht sie sich ein Abbau von Vorurteilen und einen Solidaritätseffekt, abgesehen davon, dass die gleichen Rechte auch in der Praxis angewendet werden müssten. ■

(Fotos: Sinus/Patrick Lüthy)